

Gebührenordnung der WWK Unterstützungskasse e. V.

Im Rahmen der Kostenersatzumlage werden folgende Gebühren erhoben:

1. Einmalige Aufnahmegebühr je Trägerunternehmen	0 EUR
2. Jährlicher Vereinsbeitrag je Trägerunternehmen	0 EUR
3. Jährliche Verwaltungsgebühren¹ für Standardleistungen²	
• Je Versorgungszusage eines aktiven Versorgungsberechtigten	5 EUR
• Je ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten	0 EUR
• Je Leistungsempfänger	0 EUR
4. Einmalige Bearbeitungsgebühr je Leistungsfall	40 EUR
5. Gebühren für Sonderleistungen	
• Veränderung der Versorgungszusagehöhe/-Komponenten	0 EUR
• Eintragung bzw. Änderung von Lebenspartnern	0 EUR
• Ausstellung eines Ersatzdokuments bei Verlust	0 EUR
• Änderung der Firma, Adresse oder Konto des Trägerunternehmens	0 EUR
• Bei vorzeitigem Ausscheiden der versorgungsberechtigten Person: Ermittlung und Dokumentation von (un)verfallbaren Anwartschaften bzw. Berechnung von Versorgungsverpflichtungen inklusive Abwicklung	40 EUR
• Abführung der Lohnsteuer vor Auszahlung der Versorgungsleistungen an die versorgungsberechtigte Person jährlich	40 EUR
• Weitere Leistungen nach Aufwand	

Die Kostenersatzumlage ist nicht umsatzsteuerpflichtig. Die Gebühren gelten vorbehaltlich der Erteilung einer Einzugsermächtigung.

Der Vorstand der WWK Unterstützungskasse e. V. kann den Leistungsumfang dieser Gebührenordnung ändern und die Gebührenhöhe nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) dem durchschnittlichen Aufwand entsprechend anpassen. Über eine Änderung werden die Trägerunternehmen vor Inkrafttreten informiert.

¹ Gebühren sind vorschüssig je angefangenes Kalenderjahr zu zahlen, unabhängig vom Zeitpunkt der Versorgungszusage. Die Gebühr je Versorgungszusage eines aktiven Versorgungsberechtigten fällt in voller Höhe an und kann bei unterjährigem Ausscheiden nicht anteilig erstattet werden.

² Umfang der Tätigkeiten im Rahmen der Standardleistungen:

- Ausfertigung der Leistungspläne
- Ermittlung der Beitragsbemessungsgrundlage und Ausfertigung des Testats für den Pensions-Sicherungs-Verein e. V.
- Ausstellung von jährlichen Informationen zum Stand der Versorgung
- Überprüfung der Anpassung laufender Renten im Rahmen des § 16 BetrAVG
- Aktualisierung der Leistungspläne
- Abführung der Sozialversicherungsbeiträge
- Auszahlung der Versorgungsleistungen an das Trägerunternehmen